

Helmut Kury und Albert Scherr (Hrsg.)

**Zur (Nicht-)Wirkung von Sanktionen
Immer härtere Strafen – immer weniger Kriminalität?**

Zur Wirkung von Sanktionen – Ein Vorwort <i>Helmut Kury und Albert Scherr</i>	5
Zur (Nicht-)Wirkung von Sanktionen Ergebnisse internationaler empirischer Untersuchungen <i>Helmut Kury</i>	11
Die Entwicklung von Gefangenenraten im nationalen und internationalen Vergleich – Indikator für Punitivität? <i>Frieder Dünkel und Bernd Geng</i>	42
Der psychiatrische Maßregelvollzug Patientenzahlen und Wirkungen <i>Axel Dessecker</i>	66
Wenn nicht mehr, wenn nicht härtere Strafen – was dann? Die Modernisierung des deutschen Sanktionensystems und die Befunde der Sanktions- und Rückfallforschung <i>Gerhard Spiess</i>	87
Hilfe statt Strafe? Zur Bedeutung punitiver Orientierungen in der Sozialen Arbeit <i>Holger Ziegler und Albert Scherr</i>	118
Die Politische Ökonomie der Sicherheit <i>Daniela Klimke</i>	137
Kritik des Strafgedankens – abschließende Thesen <i>Helmut Kury und Albert Scherr</i>	164



CENTAURUS
Verlag & Media KG

ISSN 0939-608X

Die Entwicklung von Gefangenenraten im nationalen und internationalen Vergleich Indikator für Punitivität?

von Frieder Dinkel und Bernd Geng

Zusammenfassung

Gefangenenraten werden häufig als Indikator der Punitivität in einer Gesellschaft gewertet. Sie variieren in Europa zwischen 60-70 pro 100.000 in den skandinavischen Ländern und mehr als 300 bis zu 495 in einigen osteuropäischen Ländern, insbesondere Russland. In den letzten 25 Jahren gab es teilweise entgegengesetzte Entwicklungen. Deutlichen Anstiegen in etlichen west- und auch osteuropäischen Ländern steht ein Rückgang oder eine stabile Entwicklung in ebenso vielen anderen Ländern gegenüber. Der Beitrag erörtert einige Erklärungsansätze, die vor allem mit der Entwicklung der kriminalpolitischen Orientierung (Verschärfung von Strafgesetzen etc.) zusammen hängen. Die Entwicklung kann aber auch in Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen und politikwissenschaftlichen Faktoren gesehen werden. Der skandinavische *Exceptionalism* findet sich in Teilen auch in anderen Ländern. Bemerkenswert ist der aktuelle drastische Rückgang von Gefangenenraten in Russland. Perspektiven der weiteren Entwicklung können in einer moderaten Kriminalpolitik skandinavischer, aber auch deutscher Prägung gesehen werden, die auf Front-Door- (vermehrte Anwendung von Alternativen zur Freiheitsstrafe sowie Absenkung des Strafmaßes) wie auch Back-Door-Strategien (vermehrte und frühzeitigere bedingte Entlassung) setzt.

1. Einleitung

Gefangenenraten sind definiert als Anzahl der Inhaftierten pro 100.000 einer nationalen (oder regionalen) Wohnbevölkerung. Beide Größen werden in der Regel zu einem bestimmten Stichtag (z. B. Bestand der Gefangenen am 31.3.,

Bevölkerung zum 1.1. eines Jahres) erhoben und miteinander in Beziehung gesetzt. Seltener auch jeweils als Durchschnittswert einer bestimmten Periode (z. B. ein Kalenderjahr). In der strafvollzugs- und kriminalpolitischen Diskussion werden sie häufig als Indikator einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Punitivität gesehen (vgl. z. B. die Beiträge in Dünkel et al. 2010; Kury/Shea 2011). Da es sich um die jeweilige Stichtagsbelegung handelt ist ein Rückschluss von hohen oder niedrigen Gefangenenraten auf eine bestimmte Sanktionspolitik nicht immer eindeutig möglich.

Gefangenenraten ermöglichen allenfalls indirekt Rückschlüsse auf einen häufigen oder restriktiven Gebrauch der Freiheitsstrafe und damit eine mehr oder weniger straforientierte („punitiv“) Strafzumessungspraxis. Denn Gefangenenraten sind das Ergebnis von Input (Inhaftierungsraten), d. h. die Zahl der in den Strafvollzug eingelieferten Personen pro 100.000 der Wohnbevölkerung und der tatsächlichen Verweildauer. Niedrige Gefangenenraten können durch einen niedrigen Input, d. h. einen geringen Anteil unbedingter Freiheitsstrafen und einen hohen Anteil alternativer Sanktionen (wie dies in Deutschland der Fall ist), aber auch durch vergleichsweise kurze zu verbüßende Freiheitsstrafen (wie dies insbesondere in den skandinavischen Ländern der Fall ist) zustande kommen. Eine relativ kurze Verweildauer kann durch kurze vom Gericht verhängte Freiheitsstrafen oder durch eine extensive und frühzeitige Praxis der bedingten Entlassung (Strafrestausssetzung) entstehen.¹

2. Gefangenenraten im europäischen Quer- und Längsschnittvergleich

Der Grundsatz, Freiheitsentzug nur als *ultima ratio* anzuwenden, kann weltweit als gemeinsamer Konsens angesehen werden, jedoch zeigt die Realität, dass Gefangenenraten (sowohl bezüglich verurteilter Gefangener wie von Untersuchungsgefangenen) erheblich variieren (vgl. hierzu die Beiträge in Dünkel et al. 2010; Tonry 2007). Die sehr hohen Gefangenenraten in den USA und Russland² im Vergleich zu den Gefangenenraten in Westeuropa einerseits und die Unterschiede im Vergleich der europäischen Länder mit jeweils ähnlichen Kriminalitätsraten andererseits können als Indikator für unterschiedliche Sanktionsstile und eine entsprechende Kriminalpolitik im Hinblick auf den Gebrauch der Freiheitsstrafe gewertet werden.

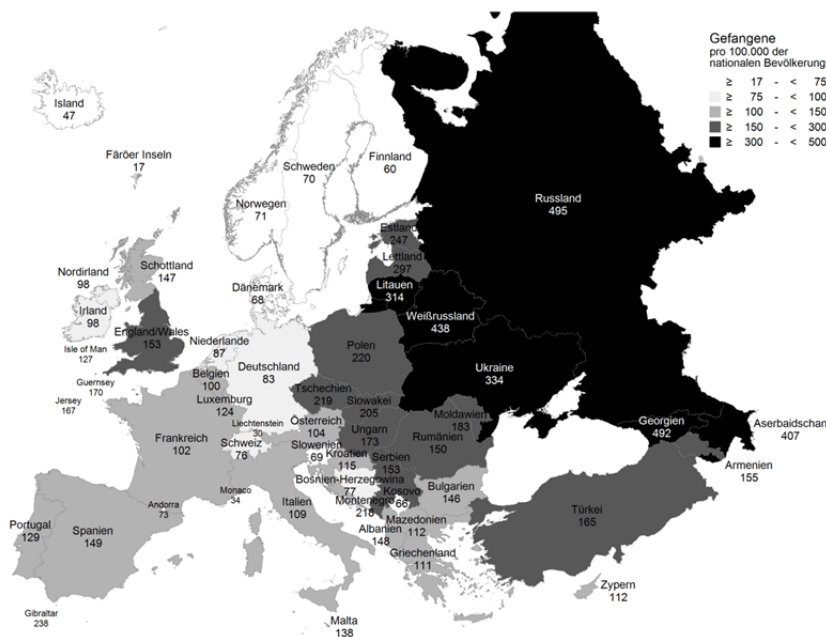
Bei Betrachtung der jeweils nationalen Gefangenenraten darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass auch innerhalb eines Landes, vor allem wenn es sich um föderale Strukturen wie in Deutschland oder in den USA handelt, erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen oder Bundesstaaten auftreten (vgl. schon Zimring/Hawkins 1993: 137 ff.; Dünkel/Geng/Morgenstern 2010 für Deutschland). In Deutschland schwankte die Gefangenenrate z.B. im Jahr 2012 zwischen 49 in Schleswig-Holstein und 118 in Berlin (Abbildung 5). Im europäischen Vergleich variierten die Gefangenenraten im Jahr 2012 zwischen 47 pro 100.000 der Bevölkerung in Island und 495 in Russland.³

Man kann auf der einen Seite Länder unterscheiden mit sehr niedrigen Gefangenenraten (bis zu 75 pro 100.000 der Bevölkerung) wie Island (47), Slowenien (69), und die skandinavischen Länder (Dänemark, 68; Finnland, 60; Norwegen, 71; Schweden, 70). Es folgt eine Gruppe von Ländern mit bis zu 100 Gefangenen pro 100.000 der Wohnbevölkerung. Hierunter fallen einige west- oder mitteleuropäische Länder (Bosnien/Herzegowina, 77; Deutschland, 83; Irland, 98, Niederlande, 87, und die Schweiz, 76). Eine weitere Gruppe von Ländern mit einer Gefangenenrate zwischen 100 und 150 pro 100.000 der Bevölkerung setzt sich aus den restlichen westeuropäischen Ländern einschließlich Bulgarien als einzigem mittel- bzw. osteuropäischem Land zusammen. Innerhalb dieser Gruppe könnte man Länder differenzieren, die nur bei knapp über 100 Gefangenen pro 100.000 der Wohnbevölkerung liegen, wie z.B. Belgien (100), Frankreich (102), Österreich (104), Italien (109) und Griechenland (111) und solchen, die nahe an der Marke von 150 liegen (Bulgarien, 146, Schottland, 147, und Spanien, 149). In der dritten Gruppe mit Gefangenenraten zwischen 150 bis 300 finden sich mit Ausnahme von England/Wales (153), nur mittel- und osteuropäische Länder einschließlich der Türkei (165).

Auch hier kann man weiter gruppieren nach Ländern, die nur knapp bei oder über 150 liegen, wie z.B. Rumänien (150) oder Serbien (153) und Ländern, die deutlich über 200 Gefangene pro 100.000 der Wohnbevölkerung aufweisen wie z. B. Tschechien (219), Polen (220), Estland (247) und Lettland (297). Schließlich ist eine Ländergruppe auszumachen, die ausschließlich osteuropäische Länder umfasst mit Gefangenenraten von über 300, die damit mehr als doppelt bis dreifach so hoch liegen als die westeuropäischen Länder. Hierunter fallen Litauen mit 314, die Ukraine mit 334, Weißrussland

mit 438, Georgien mit 492 und die Russische Föderation mit 495 Gefangenen pro 100.000 der Bevölkerung (Abbildung 1 und Tabelle 1 im Anhang).

Abbildung 1: Gefangenenraten in Europa

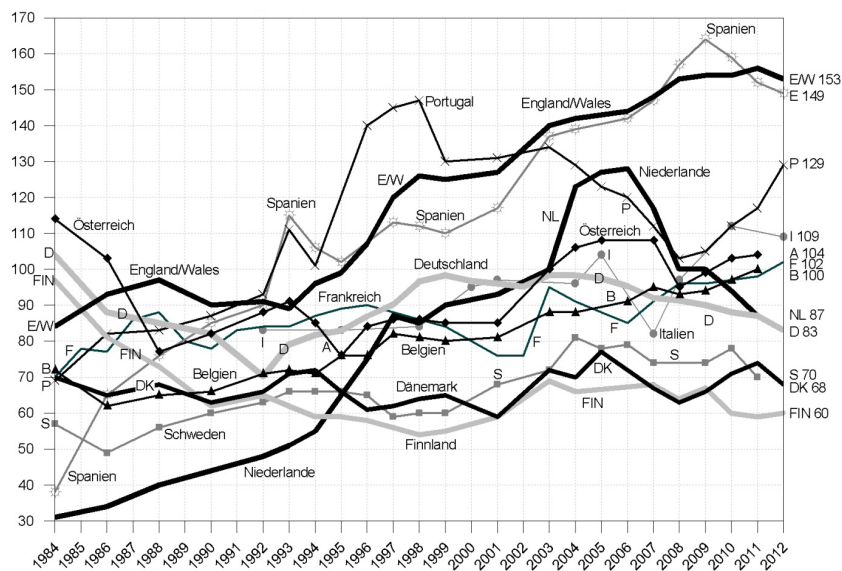


Quelle: International Center for Prison Studies, World Prison Brief. Internetquelle: [http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief].

Die vom Europarat und vom Kings College, International Center for Prison Studies, in London recherchierten und veröffentlichten Daten verdeutlichen, dass in den letzten knapp 20 Jahren die Gefangenenraten in den meisten westeuropäischen Ländern vor allem in den 1990er Jahren angestiegen sind (Abbildung 2). Besonders starke Zuwachsraten sind für die Niederlande, Portugal und Spanien erkennbar, wo sich die Gefangenenrate seit 1984 jeweils mehr als verdoppelt bis nahezu vervierfacht hat. In den Niederlanden stieg die Gefangenenrate im Zeitraum von 1984-2006 von 31 auf 128 (sank bis 2011 allerdings auf 87), in Portugal von 69 auf 147 (1998) mit einem Rück-

gang auf 103 im Jahr 2008 und einem erneuten Anstieg auf 129 im Jahr 2012. In Spanien stieg die Gefangenenrate von 38 auf 164 (2009) und sank erstmals geringfügig auf 149 im Jahr 2012. Auch in Italien ist im Zeitraum 1992 bis 2005 ein Anstieg der Gefangenenrate von 83 auf 104 feststellbar, nach einem Rückgang auf 82 bis 2007 ist seitdem wieder ein Anstieg der Gefangenenrate auf nunmehr 109 (2012) zu verzeichnen. Dieser Anstieg hängt wesentlich mit der Politik gegenüber Flüchtlingen aus Afrika zusammen.

Abbildung 2: Entwicklung der Gefangenenraten in Westeuropa 1984-2011/12 (Gefangene auf 100.000 der nationalen Bevölkerung)



Quelle: International Center for Prison Studies, World Prison Brief. Internetquelle: [<http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief/>].

Demgegenüber sind die Gefangenenraten in den skandinavischen Ländern weitgehend stabil geblieben. Finnland hat sogar seine Gefängnispopulation – begleitet von verschiedenen Gesetzesreformen – von ca. 190 in den 1950er Jahren auf 110 im Jahr 1977 und 54 im Jahr 1998 erheblich reduzieren kön-

nen. 2012 lag die Gefangenenrate bei 60 (vgl. Tabelle 1 im Anhang; zu den Ursachen vgl. Lappi-Seppälä 2007, 2010; Dünkel et al. 2010).

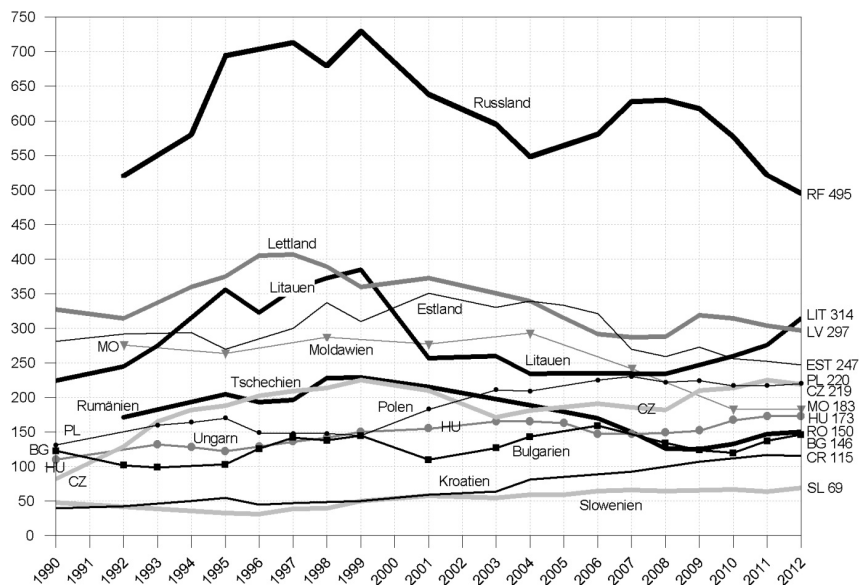
Beachtliche Zuwachsraten von ca. 60 Prozent bzw. nahezu 100 Prozent weisen auch Belgien (seit 1986), und England/Wales (seit 1993) auf. In West-Deutschland nahm die stichtagsbezogene Gefangenenrate in den 1980er Jahren von 104 (1984) auf 82 (1990) ab, stieg aber (u. a. infolge von Gesetzesverschärfungen gegenüber Gewalt- und Sexualtätern und einer Zunahme der registrierten Gewaltkriminalität) in Gesamtdeutschland seit Anfang der 1990er Jahre deutlich an, vorübergehend sogar auf 98 (2003/04), ist in jüngster Zeit aber wieder auf 83 pro 100.000 der Wohnbevölkerung stetig gesunken. Eine vergleichbare Entwicklung gab es in Österreich bis 2001, danach stieg die Belegungsrate trotz einer nur vorübergehend entlastenden Reform zur Ausweitung der bedingten Entlassung auf 104 im Jahr 2011, wenngleich das hohe Niveau zwischen 2005 und 2007 mit einer Gefangenenrate von 108 noch nicht wieder erreicht wurde.

Die Entwicklungen im Längsschnittvergleich mit teilweise und zeitweise gegenläufigen Gefangenenraten, zeigen beispielhaft auf, dass diese auf einem komplexen Bedingungsgefüge beruhen, das auch innerhalb eines Landes von gegensätzlichen kriminalpolitischen Strömungen oder von außen induzierten Belastungsfaktoren (z. B. Flüchtlingsströme aus Bürgerkriegsregionen wie in dem ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren oder aktuell die Situation in Italien mit Flüchtlingen aus Afrika) gekennzeichnet sein kann. So wurden z. B. in Deutschland – wie erwähnt – 1998 die Strafen bei Gewalt- und Sexualdelikten verschärft (faktisch hat man zusätzlich die bedingte Entlassung erschwert), andererseits bemühte man sich gleichzeitig um einen Ausbau der gemeinnützigen Arbeit und eine Reduzierung der kurzen Freiheitsentziehungen (einschließlich der Untersuchungshaft, vgl. Dünkel/Morgenstern 2010), was im Endeffekt – wie das französische Beispiel in den 1980er Jahren belegt – zu einer relativ stabilen, in ihrer strukturellen Zusammensetzung aber sich verändernden Vollzugspopulation führen kann.

In einigen mittel- und osteuropäischen Ländern waren nach den politischen und sozialen Umwälzungen Ende der 1980er Jahre die Gefängnisse angesichts weit reichender Amnestien Anfang der 1990er Jahre fast leer (vgl. z. B. Tschechien (Abbildung 3)). Allerdings wuchs die Gefängnispopulation innerhalb kurzer Zeit wieder erheblich an, teilweise bedingt durch einen starken Anstieg der Kriminalität, insbesondere der Gewaltkriminalität. In Tsche-

chien hat sich die Gefangenenerate auf 219 pro 100.000 der Wohnbevölkerung seit 1990 mehr als verdoppelt. Jedoch gelang es einigen Ländern wie beispielsweise Bulgarien, Ungarn (bis 2006), Moldawien und Polen (dort nur bis Ende der 1990er Jahre) die Gefangeneneraten auf einem niedrigeren Niveau als in den 1980er Jahren zu stabilisieren. In Moldawien sank die Gefangenenerate von 293 (2004) auf 183 (2012; -38%). Herausragende Veränderungen ergeben sich angesichts eines Politikwechsels derzeit in Russland, das abgesehen von den USA die unrühmliche „Führungsposition“ mit der weltweit höchsten Gefangenenerate von 730 im Jahr 1999 einnahm. Bis 2012 sank die Rate auf 495 (-32%), absolut von nahezu 900.000 Gefangenen auf derzeit 708.000 (siehe Tabelle 1 im Anhang).

Abbildung 3: Entwicklungen der Gefangeneneraten in Osteuropa 1990-2012 (Gefangene pro 100.000 der nationalen Bevölkerung)



Quelle: International Center for Prison Studies, World Prison Brief. Internetquelle: [http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief/].

Schon seit Anfang der 1990er Jahre bewegt sich die Gefangenenrate in Slowenien auf einem den skandinavischen Ländern vergleichbar niedrigen Niveau, das bis heute stabil gehalten werden konnte. Die Gründe für diesen slowenischen „Exzeptionalismus“ sind bislang wenig erforscht, jedoch dürfte hier eine moderate Kriminalpolitik unter dem Einfluss von Kriminologen (u. a. Alenka Šelih und die Institute in Ljubljana bzw. Maribor) eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

In jüngster Zeit haben die Baltischen Staaten, die jeweils auf über 300 Gefangene pro 100.000 der Wohnbevölkerung kamen, erhebliche Erfolge beim Abbau von Überbelegung erzielt. In Litauen hat dazu das neue StGB mit einer Ausweitung der Geldstrafe, der Bewährungsstrafe und anderer Alternativen zur Freiheitsstrafe beigetragen. Die Gefängnisbelegung ging seit 1999 von 385 auf 234 (2008), d. h. um ca. 40 Prozent, zurück, allerdings sind jüngst wieder ansteigende Zahlen erkennbar (2012: 314), die nur z. T. mit der Kriminalitätssituation, stärker mit einer härteren Sanktionierung zu tun haben. In Estland hat u. a. die Einführung der Verbüßung eines Strafrechts in Verbindung mit elektronisch überwachtem Hausarrest (2007) zur Reduzierung der Gefangenenraten beigetragen (2012: 247; 2001 noch 351). Auch Lettland gelang es, seine sehr hohe Gefangenenrate von 407 (1997) auf gegenwärtig 297 zu reduzieren.

Wie eingangs erwähnt, ermöglichen Vergleiche von Gefangenenraten, die auf einen spezifischen Stichtag bezogen sind, nur eine begrenzte Aussage über den Umfang der Anwendung freiheitsentziehender Sanktionen. Vielmehr ist auch der jährliche Durchlauf und damit der Anteil der Bevölkerung zu betrachten, der die Erfahrung des Freiheitsentzugs machen muss (vgl. Aebi/Kuhn 2000; Aebi et al. 2007). So zeigen beispielsweise die Strafverfolgungs- und Gefängnisstatistiken, dass weit mehr Menschen in Norwegen und in Schweden jährlich inhaftiert werden als in Deutschland. Überprüft man allerdings die Gefängnispopulation zu einem bestimmten Stichtag, so ist diese signifikant geringer, weil die durchschnittliche Zeit, die im Gefängnis verbracht wird, erheblich kürzer ist als in Deutschland. Umgekehrt werden in Portugal und Spanien sogar weniger Straffällige pro Jahr inhaftiert als in Deutschland, die sehr viel höheren Gefangenenraten kommen aber durch eine erheblich längere Verweildauer zustande. Zugleich wird deutlich, dass die besonders hohen Gefangenenraten in den mittel- und osteuropäischen Ländern (insbesondere Polen, Rumänien, Slowakei, vermutlich auch Russland,

Belegungsrückgang wie Estland, Lettland, die Niederlande und Deutschland sind davon dagegen weitgehend verschont. Bei der Bewertung der in Abbildung 4 ausgewiesenen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass eine volle Auslastung in den skandinavischen Ländern, in denen jeder Gefangene über einen Einzelhaftstraum während der Ruhezeit verfügt, anders einzuschätzen ist als in Ländern, in denen die Überbelegung zu menschenrechtlich fragwürdiger räumlich beengter Unterbringung in Mehrbettzellen führt (Griechenland, Frankreich, Italien).

3. Gefangenenraten im nationalen Vergleich in Deutschland

Wie erwähnt, gibt es insbesondere in föderalen Staatsstrukturen ebenfalls deutliche regionale Unterschiede (Abbildung 5 und 6). In Deutschland zeigen sich die Extreme im Norden der Republik: Berlin auf der einen Seite mit der höchsten Gefangenenrate (117,8) und Schleswig-Holstein mit einer traditionell besonders niedrigen Rate (48,5), die denjenigen in den skandinavischen Ländern entspricht). Ein interessantes Detail ist der Rückgang der Gefangenenrate in Hamburg seit 2003 um mehr als 50 Prozent (Abbildung 6), d.h. in einer Zeit, in der konservative Politiker wie der damalige Justizsenator Kusch mit der neuen Anstalt Billwerder (ca. 800 zusätzliche Haftplätze) eine gigantische Fehlplanung umsetzten, mit der Konsequenz, dass gegenwärtig in entsprechendem Umfang erhebliche Überkapazitäten bestehen. Auch in Berlin könnte sich eine Fehlplanung ergeben, wenn der seit 2007 erkennbare Trend mit einem Rückgang von 25 Prozent (von 158 auf 118 pro 100.000 der Wohnbevölkerung) anhält.

Justizvollzugspolitik ohne den Willen, Gefangenenraten intelligent zu steuern, ist allerdings ein weit verbreitetes Phänomen nicht nur in Deutschland. Ein Beispiel dafür, wie man es anders machen kann, ist Schleswig-Holstein, das seit jeher eine „reduktionistische Einsperrungspolitik“ betrieben hat. Weitere gute Praxismodelle sind in den aktuellen Projekten zu sehen, die im Rahmen des „Übergangsmanagements“ die zeitlichen Abläufe im Strafvollzug besser zu steuern und durch eine bessere, vernetzte Entlassungsvorbereitung eine frühzeitigere (regelmäßig bedingte) Entlassung zu erreichen versuchen, die eine umfassende Nachentlassungsbetreuung durch die Bewährungshilfe mit einschließt (vgl. z.B. InStar in Mecklenburg-Vorpommern, Jesse/Kramp 2008).

Die Entwicklung der Gefangenenraten in Deutschland gibt wenig Anlass, die These der „neuen Straflust“ (vgl. Liedtke/Robert 2004; Klimke/Sack/Schlepper 2011) als bestätigt anzusehen. Die Sanktionspraxis der Gerichte hat sich nur in Teilbereichen und hierbei im Wesentlichen durch Gesetzesänderungen bedingt verschärft. Von einer „neuen Straflust“ der Justiz zu sprechen, wäre daher verfehlt.⁴ Der Zuwachs an Gefangenen in den 1990er Jahren beruht im Wesentlichen auf dem Zuwachs der Verurteilenzahlen, hierbei besonders der Körperverletzungs- und Raub-, in Westdeutschland auch der Drogendelikte.

Abbildung 5: Die Entwicklung der Gefangenenraten in Deutschland 1992-2012

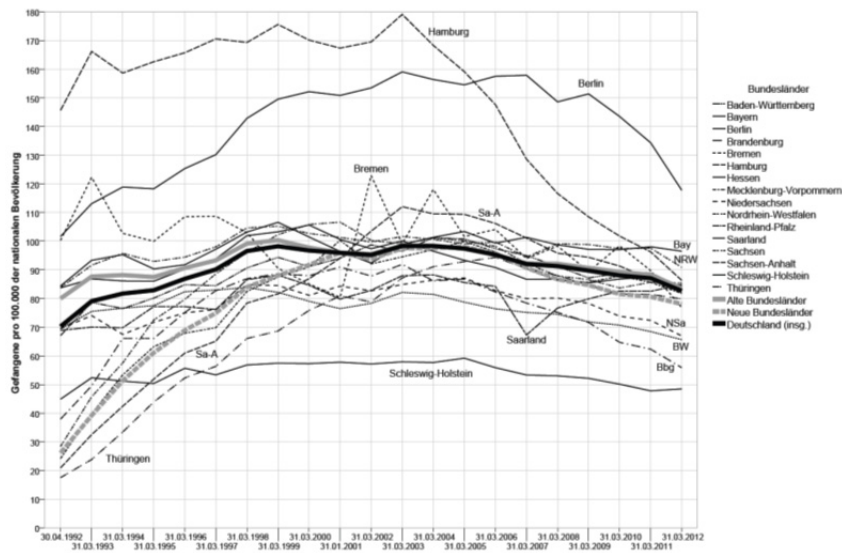
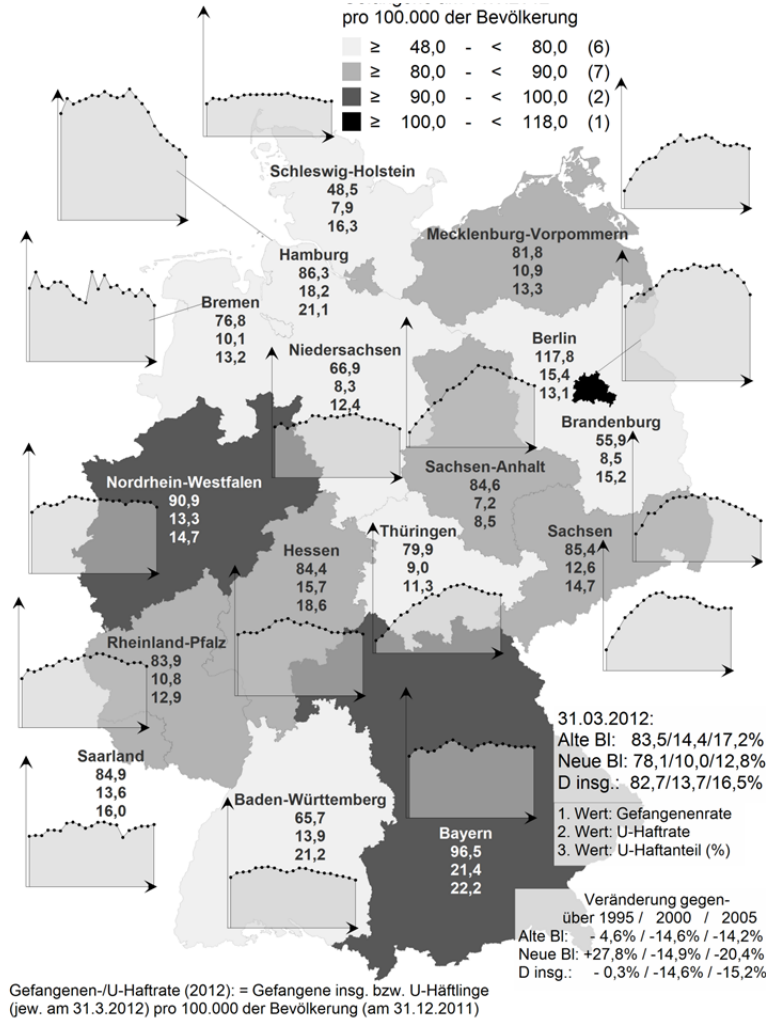


Abbildung 6: Gefangenenraten im Bundesländervergleich am 31.3.2012 und deren Entwicklung ab 1992 (jeweils zum 31.3.)



4. Erklärungsversuche unterschiedlicher Gefangenenraten

Veränderungen der Gefangenenraten werden oft (zeitlich versetzt) als direktes Ergebnis veränderter Kriminalitätsraten gesehen, insbesondere von Politikern und Strafrechtspraktikern. Allerdings zeigt die internationale Literatur, dass dies bestenfalls eine vereinfachende und unzulängliche Erklärung ist. Selbst Untersuchungen, die entsprechende Vergleiche auf schwere Kriminalität konzentrieren, die normalerweise eher mit der Verhängung freiheitsentziehender Sanktionen (Untersuchungshaft- und Freiheitsstrafe) verbunden ist, oder Studien, in denen die Aufklärungsdaten der Polizei überprüft wurden, haben keinen konsistenten Zusammenhang zwischen veränderten Kriminalitätsraten und Gefangenenraten nachweisen können (vgl. Lappi-Seppälä 2007; 2010).

Der internationale Vergleich verdeutlicht, dass Gefangenenraten nicht durch einen Faktor erklärbar sind, sondern das Resultat einer komplexen Interaktion verschiedener Ursachen darstellen. Hierbei kann man unterscheiden zwischen externen Faktoren (sozialer Umbruch und Transformationsprozesse, gesellschaftspolitische Reformen, Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, demographischer Strukturwandel usw.) und internen Faktoren (Veränderungen des Strafverfolgungssystems und der Kriminalpolitik) sowie Faktoren, die zwischen diesen beiden Systemen liegen und einen moderierenden Einfluss ausüben können (Massenmedien, öffentliche Meinung, allgemeine Politikströmungen, vgl. Dünkel et al. 2010; De Giorgio 2012; Lappi-Seppälä 2007; Lacey 2008; Snacken 2007).

Im Zusammenhang mit demographischen Faktoren spielen die Migration und der Anteil ethnischer Minderheiten oder auch an Ausländern eine bedeutendere Rolle (vgl. van Kalmthout/Hofstee van der Meulen/Dünkel 2007: 10 ff.) Angehörige ethnischer Minderheiten und Ausländer sind allerdings häufig in den Gefängnissen überrepräsentiert, jedoch kann dies auch das Ergebnis einer selektiven Strafjustiz sein (vgl. für die USA Blumstein/Beck 1999; Chambliss 1999: 63 ff.; De Giorgio 2012; Lacey 2008). Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass viele westeuropäische Länder wie beispielsweise Frankreich zunehmend mit einer zweiten und dritten Einwanderergeneration konfrontiert sind, die eine ökonomisch und sozial deprivierte Gruppe darstellen.

Was den Zusammenhang von ökonomischen Bedingungen und Kriminalität anbelangt, so gibt es hierzu widersprüchliche Befunde. Einige Studien

haben aufgezeigt, dass sich verschlechternde ökonomische Bedingungen direkt in einer ansteigenden Gefängnispopulation niederschlagen, ohne dass dies mit einem entsprechenden Anstieg der Kriminalitätsraten zusammenhängt (vgl. Box 1987; Lappi-Seppälä 2010 m. w. N.). Ökonomische Faktoren und die Diskriminierung von ethnischen Minderheiten können in diesem Zusammenhang einen kumulierenden Effekt haben. Ausländer, ethnische Minderheiten und Zuwanderer spielen mehr und mehr eine wichtige Rolle im Rahmen des (auch) strafjustiziellen „Managements“ der Armut (vgl. Wacquant 2009).

Allerdings gibt es keinen allgemeinen statistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil von Ausländern im Strafvollzug und Gefangenenraten, wie eine Zusammenhangsanalyse anhand der in Tabelle 1 (im Anhang) ausgewiesenen Daten zeigt. Gleiches gilt für die Untersuchungshaftanteile. Es gibt Länder mit hohen Untersuchungshaftanteilen und zugleich hohen Gesamtgefangenenraten wie Lettland, Malta und die Türkei, andererseits auch solche mit niedrigen Gefangenenraten insgesamt wie Dänemark, die Niederlande und die Schweiz. Niedrige U-Haftanteile bei insgesamt hohen Gefangenenraten treten beispielsweise in Georgien, Rumänien, Russland und Spanien auf. Wie unsicher die statistischen Angaben gerade in diesem Bereich angesichts unterschiedlicher Zählweise sein mögen (vgl. zusammenfassend Morgenstern 2011), so deutlich wird auch hier, dass sich die Erklärung von Gefangenenraten als äußerst komplexes Unterfangen darstellt und monokausale Erklärungen wenig sinnvoll sind. Was den Ausländeranteil anbelangt, dürfte u. a. der rechtliche Status und/oder die sozio-ökonomische Lage von Bedeutung sein, also die Frage, ob in einem Land relativ viele Ausgegrenzte und Marginalisierte (z. B. Asylbewerber, Kriegsflüchtlinge ohne Bleiberecht etc.) oder Durchreisende (Drogenkuriere etc.) vorhanden sind oder nicht.

Die Bedeutung des Strafverfolgungssystems sowie von kriminalpolitischen Einstellungen der dortigen Entscheidungsträger muss vor dem Hintergrund der genannten sozialen und ökonomischen Faktoren gesehen werden. Inhaftierungsraten werden beeinflusst von Entscheidungen und kriminalpolitischen Orientierungen, die im Laufe des Strafverfahrens wirksam werden: polizeiliche Strafverfolgung, staatsanwaltschaftliche Erledigung und gerichtliche Strafzumessung. Von besonderer Bedeutung für die Zusammensetzung der Gefangenenpopulation ist in diesem Zusammenhang eine in den westeuropäischen Ländern zu beobachtende Strategie, die im Englischen mit „bifur-

cation“, im Französischen mit „dualisation“ umschrieben wird. Seit den 1970er Jahren werden vermehrt alternative Sanktionen einschließlich der Diversion für weniger schwere Eigentums- und Vermögenskriminalität genutzt, während gegenüber Gewalttätern, Drogen- und Sexualdelinquenten zunehmend längere Gefängnisstrafen verhängt werden (vgl. z.B. die USA, Frankreich, Belgien, England und die Niederlande). So hat beispielsweise die Einführung von erhöhten Mindeststrafen oder von Mindestverbüßungszeiten dazu geführt, dass die durchschnittlich zu verbüßende Haftzeit sich erheblich verlängert hat. Schlüsselbegriff in diesem Zusammenhang ist die Bewegung eines *truth in sentencing* in den USA, Kanada, England und Wales sowie die Einführung von sog. *peines incompressibles* in Frankreich. In Deutschland hat sich allerdings die Strafzumessungspraxis nicht wesentlich verändert (Ausnahme: bei der gefährlichen Körperverletzung werden seit der Gesetzesänderung 1998 vermehrt Bewährungs- anstatt Geldstrafen verhängt). Der Zuwachs der Gefängnisbelegung in den 1990er Jahren beruhte hier auf dem Anstieg der Verurteiltenzahlen und (vermutlich) einer selteneren bzw. späteren bedingten Entlassung.⁵

Insbesondere hat eine verschärfte Drogenpolitik im Laufe der 1980er und 1990er Jahre in vielen Ländern zu höheren Gefangenenraten geführt. Dies betrifft vor allem Ausländer und ethnische Minderheiten, die häufig im Bereich des Drogenhandels (zumeist auf unterer und mittlerer Ebene) aktiv werden. Eindrucksvoll haben Blumstein und Beck (1999: 20 ff., 53 ff.) für die USA nachgewiesen, dass der Anstieg der Gefangenenpopulation in den 1990er Jahren im Wesentlichen auf der vermehrten Inhaftierung von Drogentätern beruhte (vgl. Caplow/Simon 1999; Chambliss 1999). In den 1990er Jahren haben vor allem Gewalt- und Sexualdelikte eine besondere Aufmerksamkeit gefunden, und Gesetzesverschärfungen sind nicht nur in Belgien im Anschluss an den *Dutroux*-Skandal verabschiedet worden (z.B. in Deutschland 1998, häufig ohne dass die entsprechenden Kriminalitätszahlen angestiegen sind). Dies verdeutlicht die Bedeutung von intervenierenden Einflussfaktoren wie der „öffentlichen Meinung“ und politischen Stimmungslagen, die ihrerseits wiederum stark von den Massenmedien beeinflusst sind.

Im Unterschied hierzu sind die skandinavischen Länder ein gutes Beispiel für eine bewusste Planung und Gestaltung des Gefängniswesens auch hinsichtlich der Größenordnung der anzustrebenden Gefangenenrate (vgl. von Hofer 2004).

In Deutschland ist der Rückgang der Gefangenenrate in den 1980er Jahren vor allem durch die vermehrte Strafaussetzung zur Bewährung von längeren Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren und im Bereich des Jugendstrafrechts (für 14-21-Jährige) durch die Ausweitung von ambulanten Sanktionen zu erklären (vgl. Dünkel/Morgenstern 2010). In den 1990er Jahren beruhte der Anstieg der Gefangenenrate vor allem auf den vermehrten Verurteilungen wegen Gewalt- und Drogendelikten, nicht auf durchschnittlich längeren Freiheitsstrafen. War der Anstieg der Gefängnispopulation Anfang der 1990er Jahre noch vor allem durch einen vermehrten Gebrauch der Untersuchungshaft (vor allem gegenüber Ausländern) bedingt, so ging nach der Änderung der Asylgesetzgebung (1993) die Zahl der Untersuchungsgefangenen wieder deutlich zurück. Seither ist dafür jedoch die Strafgefangenenrate aus o. g. Gründen angestiegen, wenngleich sich in den letzten Jahren eine Entlastung abzeichnet (vgl. Tabelle 1 sowie Dünkel/Morgenstern 2010; Drenkhahn 2012).

Einen interessanten Erklärungsversuch der unterschiedlichen Gefangenenraten in Europa und in den USA sowie Neuseeland, Australien, Südafrika und Japan haben Cavadino und Dignan (2006) unter Bezugnahme auf politikwissenschaftliche Konzepte unternommen. Sie unterscheiden nach sozioökonomischen und strafrechtsorientierten Indizes verschiedene Gesellschaftstypen: den neo-liberalen, den konservativ-korporatistischen und den sozialdemokratisch-korporatistischen Typus. Idealtypische Beispiele für den neo-liberalen Gesellschaftstyp sind die USA, England und Wales, Australien, Neuseeland und Südafrika. Der konservativ-korporatistische Gesellschaftstyp wird von Deutschland, Frankreich, Italien und den Niederlanden repräsentiert, der sozialdemokratisch-korporatistische Typ von Schweden und Finnland (ebd.: 3 ff., 15). Im Ergebnis kommen die neo-liberalen Staaten (mit extremen Einkommensunterschieden und einer Law-and-Order-Politik mit starker Exklusion) auf erheblich höhere Gefangenenraten als die konservativ-korporatistischen Staaten und vor allem die (wohlfahrtsstaatlich und egalitär bzw. auf Inklusion orientierten) skandinavischen Länder.

Dass die Gefangenenraten in neo-liberalen Ländern schon wegen der rigiden Bestrafungspolitik (*getting tough on crime*) höher sind als in moderateren Strafrechtssystemen, insbesondere den skandinavischen Ländern, erscheint plausibel. Lappi-Seppälä (2010) fasst die Ergebnisse seiner kriminologischen und politikwissenschaftlichen Analyse wie folgt zusammen: „Die verglei-

chende Analyse zeigt, dass Unterschiede in den Gefangenenraten nicht mit Unterschieden der Kriminalitätsbelastung erklärt werden können. Vielmehr scheint die Bestrafungsschwere stark mit der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung und Einkommensunterschieden innerhalb einer Gesellschaft sowie dem dort vorhandenen Vertrauen in die politische und rechtliche Kultur assoziiert zu sein. Es gibt überzeugende Hinweise dafür, dass die Wurzeln des skandinavischen Strafrechtsmodells in einer an Konsensherstellung orientierten, korporatistischen politischen Kultur, in einem hohen Grad sozialen Vertrauens und politischer Legitimität ebenso wie in einem starken Wohlfahrtsstaat liegen. Diese verschiedenen Faktoren haben sowohl direkten wie indirekten Einfluss auf die Ausgestaltung der Strafrechts- bzw. Bestrafungspolitik.

Die Verbindung von strafrechtlich moderater Sanktionierung und der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung ist nahezu konzeptionell. Der Wohlfahrtsstaat ist ein Gemeinwesen, in dem Begriffe der Solidarität und der sozialen Gleichheit bzw. Gleichberechtigung programmatisch im Vordergrund stehen. Eine Gesellschaft der ‚Gleichen‘, die sich um das Wohlergehen anderer kümmert, wird weniger dazu bereit sein, ihre Mitglieder mit harten Sanktionen zu bestrafen, als eine Gesellschaft mit großer Distanz zwischen ihren Teilgruppen, in der Bestrafungen vorwiegend die ‚anderen‘ und im Zweifel die unteren sozialen Schichten treffen. ... Hinzu kommt, dass die soziale und ökonomische Sicherheit, die das Wohlfahrtsmodell gewährleistet, ebenso wie das soziale Vertrauen, das es fördert, zu einer Gesellschaft beiträgt, in der Toleranz, geringere Angst und weniger stark ausgeprägte Bestrafungswünsche vorherrschen“ (Lappi-Seppälä 2010: 978).

5. Schlussbemerkungen

Die Entwicklung der Gefangenenraten in Europa ist unterschiedlich verlaufen. Zwar ist in einigen Ländern ein drastischer Anstieg insbesondere in den 1990er Jahren zu verzeichnen gewesen, jedoch ist hierbei nicht immer klar, ob es sich um einen „punitive turn“ seitens der für die Strafzumessung zuständigen Gerichte, um eine Folge von Gesetzesverschärfungen und/oder auch die Folge gestiegener Kriminalitätszahlen im Bereich der Gewalt- und anderer schwerer Kriminalität handelt. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass es in jüngster Zeit rückläufige Gefangenenraten nicht nur in Deutschland gibt, sondern auch in den Niederlanden, Portugal und auf höherem Ausgangsniveau.

veau in den baltischen Staaten, der Ukraine und neuerdings in Russland. Die Entwicklung in Russland mit einem Rückgang um 32 Prozent seit Ende der 1990er Jahre ist in der Dimension einzigartig und im Bereich des Jugendstrafrechts noch stärker akzentuiert: Gab es 2001 stichtagsbezogen noch knapp 19.000 unter 18-Jährige in sogenannten Erziehungskolonien, so sank die Zahl bis Ende 2012 auf 2.300, was etwa 12 Prozent des Ausgangswerts entspricht (vgl. Beresnatzki 2013). Der Rückgang der Gefangenenraten von mehr als 50 Prozent innerhalb Deutschlands in Hamburg ist gleichfalls einzigartig und erklärungsbedürftig (vgl. Villmow/Gericke/Savinsky 2010).

Gegenläufige Entwicklungen starker Belegungsanstiege sind in Polen und Tschechien und bezogen auf ein sehr niedriges Ausgangsniveau in Kroatien erkennbar. Betrachtet man die Entwicklung der Gefangenenraten in Deutschland im europäischen Vergleich, so liegt Deutschland im vorderen Drittel der Staaten mit besonders niedrigen Gefangenenraten mit einer – jenseits temporärer Schwankungen – auffälligen Stabilität. Dies kann mit politikwissenschaftlichen und sozialstrukturellen Faktoren, wie sie Lappi-Sepälä (2010) aufzeigt, in plausiblen Zusammenhang gebracht werden. In Deutschland hat es bei den sozialen Indikatoren (Arbeitslosigkeit, relative Armut etc.) ebenso wie bei den Vertrauenswerten in die Legitimität des politischen Systems insbesondere in den 1990er Jahren zwar negative Veränderungen gegeben, die man in Zusammenhang mit den steigenden Gefangenenraten sehen könnte, jedoch dominiert auch hier der Eindruck einer relativen Stabilität und in jüngster Zeit der Entspannung (Beispiel Arbeitslosigkeit). Im Übrigen hat der im Gefolge der Finanzkrise und ihrer Bewältigung zusehends erkennbare Vertrauensverlust der deutschen Bevölkerung in die Politik nicht zu erhöhter Kriminalität und zu erhöhten Gefangenenraten beigetragen.

Andererseits dürfte ein politisches System mit einem auf dem Verhältniswahlrecht basierenden Parteiensystem zu rechtspolitisch moderaten Verhältnissen beitragen. Koalitionsregierungen verhindern extreme Ausschläge in die eine oder andere Richtung und moderieren damit eine in anderen, insbesondere angelsächsischen Ländern zu beobachtende stärker repressive Trendwende in der Kriminalpolitik.⁶ Das Beispiel der nachträglichen Sicherungsverwahrung kann dies verdeutlichen. Durch Kompromisse der Koalitionsregierungen wurden letztlich so eng gefasste Regelungen geschaffen, dass die Anwendung eher symbolhaft geblieben ist. Einen spezifisch moderierenden Effekt dürfte hierbei die obergerichtliche, insbesondere verfassungsgerichtli-

che Rechtsprechung haben. Dies kann man als das eigentliche Markenzeichen deutscher Rechtspolitik bezeichnen. Die Rechtsprechung des BVerfG zur Resozialisierung im Strafvollzug einerseits und zur strikten Begrenzung der Sicherungsverwahrung andererseits hat nicht nur einen humanen Strafvollzug befördert, sondern auch im Sanktionenrecht und in der Strafzumessung eine vergleichsweise moderate Praxis gestützt. Dieser „Stabilisierungsfaktor“ dürfte in Europa relativ einzigartig sein.

Anmerkungen

- 1 Damit sind bereits die wesentlichen sogenannten Front-Door- bzw. Back-Door-Strategien zur Verminderung von Gefangenenraten angesprochen, vgl. Dünkel/Lappi-Seppälä/Morgenstern/van Zyl Smit 2010, insbesondere S. 997 ff., 1082 ff.
- 2 Zum Jahresende 2010: 730 in den USA und Ende 2012 in Russland 495 Gefangene pro 100.000 der Bevölkerung (2010 in Russland noch 609), vgl. Center for Prison Studies. *Internetquelle*: [<http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief/>].
- 3 Außer Acht gelassen werden in der vorliegenden Analyse Kleinstaaten wie Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino oder autonome Gebiete wie die Faröer Inseln, die nach absoluten Zahlen weniger als 100 Gefangene aufweisen und damit statistisch nur mit Vorbehalt interpretierbar sind. Dies umso mehr als die Zahl der in diesen Ländern in einem Nachbarland inhaftierten Gefangenen (z. B. Liechtensteiner Gefangene in der Schweiz, Faröer Gefangene in Dänemark) unbekannt ist.
- 4 Ebenso auch Heinz 2011a; Kury/Brandenstein/Obergfell-Fuchs 2009: 72 ff.; zusammenfassend und ablehnend zu dieser Einschätzung Klimke/Sack/Schlepper 2011: 302 ff. Der Streit liegt darin begründet, dass einige Kriminologen die Indizien von Garlands „Culture of Control“ (2001a; 2001b) auch für Deutschland als gegeben annehmen (wofür es in der Strafgesetzgebung der 1990er Jahre Anhaltspunkte gibt), während ein „evidenzbasierter“ Blick auf die Sanktionspraxis eher die Stabilitätsthese stützt. Einige gute Hinweise auf die in (Kontinental-)Europa im Vergleich zu den USA und England/Wales weniger punitive Strafrechtspraxis geben auch die Beiträge bei Snacken/Dumortier 2012 sowie Snacken 2010.
- 5 Vgl. Dünkel/Morgenstern 2010; Heinz 2011a, zu vergleichbaren, eher eine Milderung der Sanktionspraxis andeutenden Ergebnissen für das Jugendstrafrecht vgl. Heinz 2011b, 2011c, im europäischen Vergleich Dünkel 2012.
- 6 Vgl. hierzu mit vergleichenden Hinweisen auf die deutsche Entwicklung Lacey 2008.

Literatur

Aebi, Marcelo F./Kuhn, André, 2000: Influences on the Prisoner Rate: Number of Entries into Prison, Length of Sentences and Crime Rate. *European Journal on Criminal Policy and Research* 8: 65-75.

- Aebi, Marcelo F./Aromaa, Kauko/Aubusson de Cavarlay, Bruno/Barclay, Gordon/Gruszczynska, Beata/Hofer, Hanns von/Hysi, Vasilika/Jehle, Jörg-Martin/Killias, Martin/Smit, Paul/Tavares, Cynthia, 2006: European Sourcebook of Crime and Criminal Justice Statistics – 2006 (3. Auflage). Den Haag: Ministerie van Justitie (WODC). Internetquelle: [http://www.europesourcebook.org/esb3_Full.pdf].
- Beresnatzki, Paul, 2013: Aktuelle Entwicklungen des Strafvollzugs in Russland. Forum Strafvollzug 62 (im Druck).
- Blumstein, Alfred/Beck, Allen J., 1999: Population Growth in U.S. Prisons 1980-1996. S. 17-61 in: Tonry, M./Petersilia, J. (Hrsg.), Prisons (Crime and Justice, Band 26). Chicago: The University of Chicago Press.
- Box, Steven, 1987: Recession, Crime and Punishment. London: MacMillan Education.
- Caplow, Theodore./Simon, Jonathan, 1999: Understanding Prison Policy and Population Trends. S. 63-120 in: Tonry, M./Petersilia, J. (Hrsg.), Prisons (Crime and Justice, Band 26). Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Cavadino, Michael/Dignan, James, 2006: Penal Systems. A Comparative Approach. London: Sage.
- Chambliss, William, 1999: Power, Politics, and Crime. Boulder: Westview Press.
- De Giorgio, Alessandro, 2012: Punishment and Political Economy. S. 40-59 in: Simon, J./Sparks, R. (Hrsg.), The Sage Handbook of Punishment and Society. London: Sage.
- Drenkhahn, Kirstin, 2012: Entwicklung der Gefangenenanzahl im Erwachsenenvollzug in Deutschland. Forum Strafvollzug 61: 319-324.
- Dünkel, Frieder, 2012: Neue Punitivität im Jugendstrafrecht? Anmerkungen aus europäisch vergleichender Perspektive. S. 381-397 in: Hilgendorf, E./Rengier, R. (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Heinz. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Dünkel, Frieder/Drenkhahn, Kirstin/Morgenstern, Christine (Hrsg.), 2008: Humanisierung des Strafvollzugs – Konzepte und Praxismodelle. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Dünkel, Frieder/Geng, Bernd/Morgenstern, Christine, 2010: Strafvollzug in Deutschland. Aktuelle rechtstatsächliche Befunde. Forum Strafvollzug – Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 59: 22-34.
- Dünkel, Frieder/Lappi-Seppälä, Tapio/Morgenstern, Christine/van Zyl Smit, Dirk (Hrsg.), 2010: Kriminalität, Kriminalpolitik, strafrechtliche Sanktionspraxis und Gefangenenraten im europäischen Vergleich. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Dünkel, Frieder/Morgenstern, Christine, 2010: Deutschland. S. 97-204 in: Dünkel, F./Lappi-Seppälä, T./Morgenstern, C./van Zyl Smit, D. (Hrsg.), Kriminalität, Kriminalpolitik, strafrechtliche Sanktionspraxis und Gefangenenraten im europäischen Vergleich. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Garland, David, 2001a: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Chicago: University of Chicago Press.
- Garland, David (Hrsg.), 2001b: Mass imprisonment. Social Causes and Consequences. London: Sage.
- Heinz, Wolfgang, 2011a: Neue Straflust der Strafjustiz – Realität oder Mythos? Neue Kriminalpolitik 22: 14-27.
- Heinz, Wolfgang, 2011b: Jugendarrest im Aufwind? Einige rechtstatsächliche Befunde. Forum Strafvollzug 60: 71-79.
- Heinz, Wolfgang, 2011c: Neue Lust am Strafen. Gibt es eine Trendwende auch in der deutschen Sanktionierungspraxis? S. 435-458 in: Kühl, K./Seher, G. (Hrsg.), Rom, Recht, Religion (Symposium für Udo Ebert zum 70. Geburtstag). Stuttgart: Mohr Siebeck.

- Jesse, Jörg/Kramp, Sabine, 2008: Das Konzept der Integralen Straffälligenarbeit – InStar – in Mecklenburg-Vorpommern. S. 135-144 in: Dünkel, F./Drenkhahn, K./Morgenstern, C. (Hrsg.), *Humanisierung des Strafvollzugs – Konzepte und Praxismodelle*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Klimke, Daniela/Sack, Fritz/Schlepper, Christina, 2011: Stopping the ‘punitive turn’ at the German border. S. 289-340 in: Kury, H./Shea, E. (Hrsg.), *Punitivity – International Developments*. Band 1: Punitiveness – A Global Phenomenon? Bochum: Brockmeyer.
- Kury, Helmut/Brandenstein, Martin/Obergfell-Fuchs, Joachim, 2009: Dimensions of Punitiveness in Germany. *European Journal on Criminal Policy and Research* 15: 63-81.
- Kury, Helmut/Shea, Evelyn (Hrsg.), 2012: *Punitivity – International Developments* (3 Bände). Bochum: Brockmeyer.
- Lacey, Nicola, 2008: *The Prisoners’ Dilemma. Political Economy and Punishment in Contemporary Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lappi-Seppälä, Tapio, 2007: Penal Policy in Scandinavia. S. 217-295 in: Tonry, M. (Hrsg.), *Crime, Punishment, and Politics in Comparative Perspective* (Crime and Justice, Band 36). Chicago: The University of Chicago Press.
- Lappi-Seppälä, Tapio, 2010: Vertrauen, Wohlfahrt und politikwissenschaftliche Aspekte – Vergleichende Perspektiven zur Punitivität. S. 937-996 in: Dünkel, F./Lappi-Seppälä, T./Morgenstern, C./van Zyl Smit, D. (Hrsg.), *Kriminalität, Kriminalpolitik, strafrechtliche Sanktionspraxis und Gefangenenraten im europäischen Vergleich*. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Liedke, Ulf/Robert, Günther (Hrsg.), 2004: *Neue Lust am Strafen? Umbrüche gesellschaftlicher und pädagogischer Konzepte im Umgang mit abweichendem Verhalten*. Aachen: Shaker.
- Morgenstern, Christine, 2011: Untersuchungshaft in Europa: Probleme im Rechts(tatsachen)vergleich. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 94: 452-473.
- Snacken, Sonja, 2007: Penal Policy and Practice in Belgium. S. 127-215 in: Tonry, M. (Hrsg.), *Crime, Punishment, and Politics in Comparative Perspective* (Crime and Justice, Band 36). Chicago: The University of Chicago Press.
- Snacken, Sonja, 2010: Resisting Punitiveness in Europe? *Theoretical Criminology* 14: 273-292.
- Snacken, Sonja, 2012: Conclusion: Why and How to Resist Punitiveness in Europe? S. 247-260 in: Snacken, S./Dumortier, E. (Hrsg.), *Resisting Punitiveness in Europe? Welfare, Human Rights and Democracy*. London: Routledge.
- Snacken, Sonja./Dumortier, Els (Hrsg.), 2012: *Resisting Punitiveness in Europe? Welfare, Human Rights and Democracy*. London: Routledge.
- van Kalmthout, Anton/Hofstee van der Meulen, Femke/Dünkel, Frieder (Hrsg.), 2007: *Foreigners in European Prisons* (2 Bände). Nijmegen: Wolf Legal Publishers.
- von Hofer, Hanns, 2004: Die Entwicklung der Gefangenenraten in achtzehn europäischen Ländern 1983-2002 – ein Ausdruck für neue Straflust? S. 193-202 in: Lautmann, R./Klimke, D./Sack, F. (Hrsg.), *Punitivität* (Kriminologisches Journal, 8. Beiheft). Weinheim: Juventa.
- Villmow, Bernd/Gericke, Carsten/Savinsky, Alescha Lara, 2010: Überkapazitäten im Strafvollzug – Von der Überfüllung zur Schließung von Strafvollzugsanstalten? *Entwicklungen der Hamburger Strafrechtspraxis. Neue Kriminalpolitik* 22: 11-23.
- Wacquant, Loïc, 2009: *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Zimring, Frank E./Hawkins, Gordon, 1993: *The Scale of Imprisonment*. Chicago: The University of Chicago Press.

Tabelle 1: Straf- und Untersuchungsgefängnisse, Inhaftierungsraten, Anteile von Untersuchungsgefängnissen, Frauen und Ausländern sowie Belegungsquote im europäischen Vergleich 2011/2012

Deutsche Bezeichnung	Stand	Gefängnisse (absolut)	Gefangenenrate*	Inhaftierungsrate* 2008	mittlere Haftdauer (Mon.) 2008	U-Haft -anteil	Frauenanteil	Ausländeranteil	Belegungsquote**
Albanien	30.11.2011	4.779	148	103,4	18,4	39,6	2,0	1,2	107,5
Armenien	Mitte 2011	4.812	155	-	-	26,0	4,1	3,3	109,5
Aserbaidschan	1.9.2010	36.891	407	94,9	29,8	12,6	1,9	2,5	132,5
Belgien	Mitte 2011	10.974	100	166,2	6,9	34,0	4,0	44,2	117,7
Bosnien/Herzegowina (Föderation)	31.12.2011	1.819	77	103,2	6,4	19,1	2,6	2,6	97,0
Bosnien/Herzegowina (Republika Srpska)	31.12.2011	1.054	75	89,9	8,6	12,7	1,6	2,9	78,7
Bulgarien	27.1.2012	10.961	146	356,7	4,7	22,0	3,2	1,8	104,7
Dänemark	1.9.2012	3.829	68	257,6	2,9	33,1	3,9	28,2	92,9
Deutschland	31.3.2012	67.671	83	126,0	8,7	16,5	5,7	26,7	86,6
England/Wales (UK)	30.11.2012	86.047	153	244,8	7,4	13,6	4,8	12,7	108,0
Estland	15.10.2012	3.306	247	-	-	23,2	4,9	40,3	86,8
Finnland	1.1.2012	3.214	60	137,4	5,8	18,1	6,7	14,5	100,0
Frankreich	1.7.2012	67.373	102	138,5	9,0	25,4	3,4	17,8	117,4
Georgien	30.9.2012	22.299	492	-	-	5,4	5,1	1,3	100,5
Gibraltar (UK)	Mitte 2011	70	238	-	-	45,1	3,9	29,4	73,9
Griechenland	1.1.2011	12.586	111	-	-	31,2	5,0	57,1	136,5
Guernsey (UK)	1.6.2012	114	170	-	-	26,1	13,9	13,0	93,4
Irland	3.5.2012	4.401	98	310,2	3,1	14,2	3,6	13,6	94,9
Island	1.9.2012	152	47	-	-	17,1	7,9	24,3	93,3
Isle of Man (UK)	31.12.2011	105	127	-	-	21,0	4,8	0,0	76,1
Italien	31.10.2012	66.685	109	154,6	7,2	40,2	4,3	35,7	142,5
Jersey (UK)	31.12.2011	165	167	-	-	32,7	12,7	28,6	89,7
Kosovo	31.12.2010	1.450	66	-	-	9,0	2,4	3,1	84,0
Kroatien	1.1.2012	5.064	115	299,0	4,3	17,3	4,9	5,7	129,2
Lettland	1.1.2012	6.561	297	879,9	3,9	31,0	6,4	1,3	85,0
Litauen	1.1.2012	9.920	314	291,0	9,5	13,6	4,3	1,3	100,0
Luxemburg	1.9.2012	660	124	229,6	7,1	39,2	4,4	68,8	92,8
Malta	1.8.2011	580	138	138,5	12,1	64,0	7,2	50,0	102,9

Tabelle A1 (Fortsetzung)

	Stand	Gefangene (absolut)	Gefangenen- rate*	Inhaftierungs- rate*	mittlere Haftdauer	U-Haft -anteil	Frauen- anteil	Ausländer- anteil	Belegungs- quote
Mazedonien	Mitte 2011	2.300	112	216,4	6,1	17,5	2,3	2,7	105,1
Moldawien	1.7.2012	6.521	183	363,8	6,7	21,9	6,3	1,6	81,7
Montenegro	1.9.2011	1.350	218	-	-	69,3	1,6	3,9	128,6
Niederlande	30.9.2011	14.488	87	254,2	4,9	40,6	7,4	26,2	85,3
Nordirland (UK)	30.11.2012	1.790	98	345,7	3,0	31,5	3,5	7,4	103,6
Norwegen	1.9.2012	3.575	71	258,4	3,2	26,1	5,3	32,4	92,1
Österreich	3.6.2011	8.694	104	-	-	21,2	6,7	46,4	98,0
Polen	31.10.2012	84.730	220	236,0	11,1	8,7	3,3	0,7	97,9
Portugal	1.11.2012	13.630	129	47,7	25,6	20,0	5,6	19,6	111,6
Rumänien	27.11.2012	31.934	150	50,5	30,1	10,8	4,5	0,7	117,8
Russland	1.11.2012	708.300	495	-	-	15,2	8,3	4,2	91,0
Schottland (UK)	30.11.2012	7.791	147	770,8	2,4	16,5	6,0	3,3	99,7
Schweden	1.10.2011	6.669	70	232,3	3,8	22,8	5,8	27,6	94,4
Schweiz	7.9.2011	6.065	76	616,5	1,5	38,9	5,3	71,4	91,1
Serbien	31.12.2011	11.094	153	317,2	4,9	28,0	3,9	2,3	158,5
Slowakei	14.11.2012	11.092	205	94,7	19,5	12,3	6,1	2,0	102,5
Slowenien	19.11.2012	1.412	69	160,0	4,9	18,8	5,0	11,0	107,9
Spanien	26.10.2012	69.437	149	109,6	17,3	15,7	7,6	33,5	98,7
Spanien (Katalonien)	-	-	-	91,1	17,3	-	-	-	-
Tschechien	31.10.2012	23.015	219	-	-	10,0	6,5	7,5	108,0
Türkei	5.10.2012	124.677	165	-	-	42,6	3,7	1,8	88,4
Ukraine	1.11.2012	151.137	334	-	-	22,0	5,3	1,6	96,7
Ungarn	31.12.2011	17.210	173	223,8	8,1	28,3	7,2	3,4	136,5
Weißrussland	31.12.2009	41.525	438	-	-	14,9	6,8	3,1	96,8
Zypern	1.9.2010	900	112	1.470,6	0,9	44,6	6,0	58,9	150,8
		Mittelwert	271,0		8,6 Monate				
		Median	221,5		6,6 Monate				

* pro 100.000 der nationalen Wohnbevölkerung; ** Belegung pro 100 Haftplätze, Anteile in Prozent.

Quellen: *Gefangenemraten*: International Center for Prison Studies. *Internetquelle*: [http://www.prisonstudies.org/info/worldbrief/wpb_stats.php].
Inhaftierungsraten: Council of Europe (Hrsg.). *Annual Penal Statistics. SPACE II*. *Internetquelle*: [http://www3.unil.ch/wpmu/space/].

Developments of Prison Rates in Comparative Perspective Indicators for Punitivity?

Summary

Prison population rates are often seen as an indicator for the punitivity of a given society. In Europe, they vary between 60-70 per 100,000 of the national population in the Scandinavian countries and 300 up to 495 in some Eastern European countries, in particular in Russia. During the last 25 years in part contradictory developments have been observable. A significant increase in some Eastern and Western European countries has been counteracted by decreases or at least stable developments in as many other countries. The paper discusses explanations for these developments that can primarily be seen in general criminal policy developments such as the intensification of punishments, but which can also be related to general arguments from sociological and political sciences. The Scandinavian "exceptionalism" can in part also be found in other countries. A remarkable reduction of prison population rates can be seen in Russia. Perspectives can be seen in front-door-strategies reducing the proportion of sanctions depriving offenders of their liberty (applying more alternative sanctions and lowering the length of unconditional prison sentences) and in back-door-strategies (more frequent and earlier conditional or unconditional release from prisons).

Frieder Dünkel

*Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Domstraße 20
17489 Greifswald
duenkel@uni-greifswald.de*

Bernd Geng

*Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Domstraße 20
17489 Greifswald
geng@uni-greifswald.de*